**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Planen und Bauen	Datum 16.12.2005
	Schriftführer Telefon-Nr. Friedhelm Assmann 02202/141428
Niederschrift	
Planungsausschuss	Sitzung am Donnerstag, 1. Dezember 2005
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm- Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 19:15 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A   Öffentlicher Teil

- 1.   Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**

- 2.   Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil**

- 3.   Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Planungsausschusses am 22.09.2005**
576/2005

- 4.   Mitteilungen des Vorsitzenden**

- 5.   Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6.   Innenstadt Bergisch Gladbach**
- Sachstand zur Projektentwicklung am Standort "Parkhaus / ehemaliger Busbahnhof"
577/2005

7. **Eintragung eines Wohngebäudes "Marienhof" als Baudenkmal in die Denkmal-**
liste
578/2005
8. **Bebauungsplan 16/1 - Nußbaum - 3. Vereinfachte Änderung**
- Beschluss zur Aufstellung
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung
580/2005
9. **Bebauungsplan Nr. 76 - Bensberg/Im Bungert - 1. Änderung**
- Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung
581/2005
10. **Bebauungsplan Nr. 2148 - Höhenweg -**
- Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
585/2005
11. **Bebauungsplan Nr. 3351 - Lohplatz -**
- Beschluss der Anregungen
- Beschluss als Satzung
586/2005
12. **Vereinfachte Änderung Nr. 161/4147 - Sommerfeld - des Flächennutzungsplanes**
- Beschluss zur Aufstellung
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung
587/2005
13. **Bebauungsplan Nr. 4181 - Ball - 2. Änderung**
- Beschluss der Anregungen
- Beschluss als Satzung
588/2005
14. **Bebauungsplan Nr. 5434 - Landschaftsverband -**
- Fortsetzung des Verfahrens
591/2005
15. **Änderung Nr. 162/5543 - Vinzenz-Pallotti-Straße - des Flächennutzungsplanes**
- Beschluss zur Aufstellung
- Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
592/2005
16. **Bebauungsplan Nr. 6224 - Alt Refrath -**
- Ergebnis der frühzeitigen Bürgerbeteiligung
- Aufhebung des Beschlusses vom Planungsausschuss am 18.04.2002 zur Aufstel-
lung des Bebauungsplanes
- Beschluss zur Aufstellung
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung
595/2005

17. **Antrag von Frau Maria Bosbach vom 27.09.2005 zur Änderung des Flächennutzungsplanes im rückwärtigen Bereich der Straße Ritzenberg**
583/2005
18. **Antrag der SPD Fraktion vom 30.08.2005 zur Fußgängerzone Bergisch Gladbach - Stadtmitte**
596/2005
19. **Antrag der SPD Fraktion vom 30.08.2005 zur Rahmenplanung Bensberg**
597/2005
20. **Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 07.11.2005 zur Erstellung eines Rahmenplans zur Lenkung der strukturellen Entwicklung relevanter Bereiche entlang der Mülheimer Straße**
584/2005
21. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

B   **Nichtöffentlicher Teil**

1.   **Genehmigung der Niederschrift - nichtöffentlicher Teil**
2.   **Mitteilungen des Vorsitzenden**
3.   **Mitteilungen des Bürgermeisters**
4.   **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@-> Der Ausschussvorsitzende, Herr Albrecht, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung und die Beschlussfähigkeit des Planungsausschusses fest.

<-@

2 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil

@-> Herr Albrecht bittet darum, die Niederschrift dahingehend zu ergänzen, dass Herr Hillebrand bei TOP 6 (Bebauungsplan Nr. 2252 - Schule Hebborn – Antrag der Bundesarbeitsgemeinschaft der Clubs Behinderter und ihrer Freunde e.V.) befangen war.

Der Ausschuss fasst sodann folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Niederschrift wird genehmigt.

<-@

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Planungsausschusses am 22.09.2005

@-> Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zustimmend zur Kenntnis.

<-@

4 Mitteilungen des Vorsitzenden

@-> Auf Antrag von Herrn Jung einigt sich der Ausschuss dahingehend, die Behandlung des TOP 20 (gemeinsamer Antrag der CDU und SPD Fraktion zur Rahmenplanung Mülheimer Straße) in der Tagesordnung zeitlich vorzuziehen und nach TOP 12 zu diskutieren.

<-@

5 Mitteilungen des Bürgermeisters

@-> Keine.

<-@

6 Innenstadt Bergisch Gladbach - Sachstand zur Projektentwicklung am Standort "Parkhaus / ehemaliger Bus-

bahnhof"

@-> Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zustimmend zur Kenntnis.

<-@

7 **Eintragung eines Wohngebäudes "Marienhof" als Baudenkmal in die Denkmalliste**

@-> Frau Graner umreißt die geschichtliche Bedeutung des Wohngebäudes und befürwortet die Unterschutzstellung.

Frau Schneider hat Bedenken, dass die Eintragung des Gebäudes in die Denkmalliste eine eventuell notwendige geänderte Verkehrsführung in diesem Bereich verhindern oder beeinträchtigen könnte.

Herr Schmickler führt aus, dass die bisherigen Untersuchungen belegen, dass eine mögliche Verbindung zwischen einer neuen Planstraße auf dem Bahndamm (Richtung Unterführung Tannenbergsstraße) und der Mülheimer Straße möglich sei, ohne das hier zur Rede stehende Gebäude in irgendeiner Form zu beeinflussen.

Sodann fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss: (einstimmig)

<-@

@-> Die Verwaltung wird beauftragt, die Eintragung gemäß § 3 Abs. 2 i.V.m. § 2 Denkmalschutzgesetz NW (DSchG NW) in die Denkmalliste der Stadt Bergisch Gladbach unter lfd. Nr. 164 vorzunehmen.

<-@

8 **Bebauungsplan 16/1 - Nußbaum - 3. Vereinfachte Änderung**
- Beschluss zur Aufstellung
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung

@-> Der Ausschuss fasst folgende

Beschlüsse: (einstimmig)

1. Gemäß § 2 in Verbindung mit den §§ 8 ff Baugesetzbuch ist der Bebauungsplan Nr. 16/1 – Nußbaum – 3.Vereinfachte Änderung als verbindlicher Bauleitplan aufzustellen.

Der Plan erfasst die Straßenfläche vor den Gebäuden Am Grünen Weiher 2 bis 4 und 1 bis 5.

Der Bebauungsplan setzt die genauen Grenzen seines räumlichen Geltungsbereiches fest (§ 9 Abs. 7 Baugesetzbuch).

2. Der Bebauungsplan Nr. 16/1 – Nußbaum – 3.Vereinfachte Änderung ist unter Beifügung der Begründung gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

<-@

@->

<-@

9 **Bebauungsplan Nr. 76 - Bensberg/Im Bungert - 1. Änderung**

- Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung

@-> Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

<-@

@-> Der Bebauungsplan Nr. 76 – Bensberg/Im Bungert - 1. Änderung ist unter Beifügung der Begründung gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

<-@

10 **Bebauungsplan Nr. 2148 - Höhenweg -**
- Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung

@-> Frau Sick-Adenauer erläutert die schriftliche Vorlage anhand von Plänen.

Herr Sprenger regt an, die mögliche Bebauung des Grundstücks im südlichen Plangebiet Bereich der Max-Bruch-Straße auf das niedrigste Maß zu beschränken und an die Umgebungsbebauung anzupassen. Frau Müller-Veit sagt eine entsprechende Reduzierung im halb der rechtlichen Möglichkeiten zu.

Des Weiteren fragt Herr Sprenger an, inwieweit die Verwaltung Lösungen für die durch Bürgerschaft bemängelte Verkehrssituation auf der Max-Bruch-Straße erarbeitet hat. Hierzu macht Frau Müller-Veit deutlich, dass sich der überwiegende Teil der Straße nicht im Plangebiet befindet und die Problematik somit nicht im Rahmen dieses Bebauungsplanes geregelt werden kann. Soweit Verkehrsflächen innerhalb des Plangebietes betroffen sind, werde die Ausbaufähigkeit geprüft und planungsrechtlich gesichert.

Herr Dr. Baeumle-Courth bekräftigt seine Forderung, den Baumbestand im Plangebiet sichern und zu erhalten.

Nach Auffassung von Frau Graner sei zu prüfen, inwieweit stadtbildprägende Gebäude Plangebiet für eine Eintragung in die Denkmalliste in Betracht kommen und ob nicht eine Gestaltungssatzung für den Bereich westlich des Höhenweges sinnvoll wäre.

Frau Müller-Veit nimmt die Anregungen entgegen und sagt entsprechende Prüfungen zu

Sodann fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss: (einstimmig)

<-@

@-> Der Planungsausschuss nimmt das Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage der eingegangenen Stellungnahmen wie in der Vorlage dargelegt den Bebauungsplan Nr.2148 -Höhenweg- zu erstellen.

<-@

11 **Bebauungsplan Nr. 3351 - Lohplatz -**
- Beschluss der Anregungen
- Beschluss als Satzung

@-> Herr Dr. Baeumle-Courth zitiert aus der Vorlage, wonach eine hydraulische Sanierung

Schachtbauwerkes geplant sei und vor Beginn der Vorhaben durchgeführt werden sollte bittet um Mitteilung, wann die Sanierung des Schachtbauwerkes und die Verwirklichung der Vorhaben selbst vorgesehen seien.

Die Anfrage wird schriftlich im Rahmen der Niederschrift beantwortet.

Hinweis: Die Sanierungsmaßnahme soll im Zuge der Erschließungsarbeiten im B-Plangebiet mit durchgeführt werden. Die Verwirklichung der Vorhaben ist abhängig B-Plan-Verfahren selbst und von den terminlichen Festlegungen in dem noch abzuschließenden Erschließungsvertrag.

Sodann fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Den im Rahmen der 2. öffentlichen Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs Nr.3351 - Lohplatz - gem. §3 Abs.2 BauGB vorgetragenen Anregungen der Einwender

- B 1 Adolf Althoff, Rainer Winterschladen wird nicht stattgegeben,
- B 2 Georg Wüstenberg wird nicht stattgegeben,
- B 3 Ioannis u. Elpiniki Pantazis wird teilweise stattgegeben,
- B 4 Werner vom Hövel wird teilweise stattgegeben,
- B 5 Adolf Althoff wird nicht stattgegeben,
- B 6 Rainer Winterschladen wird nicht stattgegeben,
- B 7 Rainer Winterschladen und Mitunterzeichner wird nicht stattgegeben,
- B 8 Irmgard und Hans Adolf Neu wird nicht stattgegeben
- T 1 Rheinisch Bergischer Kreis, Planung und Landschaftsschutz wird teilweise stattgegeben.

Der Ausschuss fasst sodann folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimme der BfBB)

Der BP Nr.3351 -Lohplatz- wird gem. §10 BauGB und §§7 und 41 Gemeindeordnung NW als Satzung beschlossen und die Begründung nach §9 Abs.8 BauGB dazu.

<-@

@->

<-@

12 Vereinfachte Änderung Nr. 161/4147 - Sommerfeld - des Flächennutzungsplanes
- Beschluss zur Aufstellung
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung

@-> Herr Sprenger teilt mit, dass die CDU Fraktion noch Beratungsbedarf habe und beantragt daher eine Vertagung des Aufstellungsbeschlusses.

Da auch Herr Neu für eine Vertagung plädiert, um der SPD Fraktion Gelegenheit zu einer Ortsbesichtigung zu geben, einigt sich der Ausschuss übereinstimmend, die Beschlussfassung zu vertagen.

<-@

@-> **<-@**
13 **Bebauungsplan Nr. 4181 - Ball - 2. Änderung**
- Beschluss der Anregungen
- Beschluss als Satzung

@-> Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

@-> **<-@**
Der Bebauungsplan Nr. 4181 – Ball - 2. Änderung wird gem. § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen als Satzung und die Begründung dazu beschlossen.

14 **<-@**
Bebauungsplan Nr. 5434 - Landschaftsverband -
- Fortsetzung des Verfahrens

@-> Herr Sprenger spricht sich für die Realisierung des Lidl-Projektes aus und begrüßt die Entwicklung zur dringend notwendigen Stärkung der Einkaufsstruktur in Bensberg.

Frau Hammelrath spricht sich stattdessen dafür aus, das ursprüngliche Konzept weiter verfolgen. Entsprechend den damaligen Vorgaben sollten die Grünflächen mit Spielplätzen erhalten bleiben und für den übrigen Planbereich eine Wohnbebauung (Mischung von jungen Familien erschwinglichen - Einfamilien-/Reihenhäusern und Mehrfamilienhäusern) erfolgen. Gerade aufgrund der unmittelbaren Nähe zum ÖPNV dränge sich eine Wohnbebauung geradezu auf, während die Ansiedlung von Einzelhandel auch aufgrund der problematischen Verkehrsführung (Linkabbiegerspur) abzulehnen sei. Entsprechend dem Zentrenkonzept befürwortet Frau Hammelrath die Ansiedlung von Einzelhandel im Bensberger Stadtzentrum.

Frau Graner und Frau Neuheuser-Königs lehnen die vorgestellte Planung der Fa. Lidl ebenfalls ab.

Auch Herr Dr. Baumele-Courth schließt sich den Vorrednerinnen an und plädiert für die baldige Realisierung von Wohnbebauung.

Herr Jung beantragt eine Vertagung der Beschlussfassung bis zur nächsten Planungsausschusssitzung im Januar 2006.

Herr Schwamborn spricht sich aufgrund der unnötigen Zeitverzögerung gegen eine Vertagung aus. Seiner Ansicht nach sei eine baldige Beschlussfassung auch aufgrund des vom Grundstück derzeit ausgehenden Gefahrenpotentials dringend geboten.

Sodann lässt Herr Albrecht über den Vertagungsantrag abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der KIDinitiative und der BfBB Fraktion)

Die Beschlussfassung über die Fortsetzung des Verfahrens des Bebauungsplanes 5434

– Landschaftsverband – wird bis zur nächsten Sitzung am 11.01.2006 vertagt.

<-@

@->

<-@

15 Änderung Nr. 162/5543 - Vinzenz-Pallotti-Straße - des Flächennutzungsplanes

- Beschluss zur Aufstellung

- Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung

@->

Frau Sick- Adenauer erläutert die schriftliche Vorlage anhand von Plänen.

Nach Ausführungen von Frau Hammelrath sei die Ansiedlung von Gewerbefläche im Bereich der Overather Straße im vorgestellten Umfang zu befürworten, da durch die festgesetzten Grünflächen im Bereich der Vinzenz-Pallotti-Straße und am Krankenhaus eine einträchtigung der Wohnbebauung nicht zu erwarten sei.

Herr Sprenger stimmt diesen Ausführungen vollinhaltlich zu. Er macht deutlich, dass die Erschließung der Gewerbeflächen keinesfalls über die Vinzenz-Pallotti-Straße in Betracht kommt, sondern nur über die Overather Straße.

Herr Dr. Baeumle-Courth erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Gewerbeansiedlung in unmittelbarem Bereich eines Krankenhauses ablehnen werde. Dies sei dem Verkehrsgutachten zu entnehmen, dass der Verkehrsknotenpunkt Moitzfeld an der Autobahn bereits jetzt deutlich überlastet und weiterer zusätzlicher Verkehr auch bei einem Ausbau nicht zu verkraften sei. Eine verkehrliche Entlastung sei nur bei einer Anbindung des Gebietes an den ÖPNV (Verlängerung der Stadtbahnlinie 1 bis Bockenberg) zu erreichen.

Nach Auffassung von Herrn Dr. Baeumle-Courth sei vor einer Neuansiedlung eines Gewerbegebietes im Landschaftsschutzgebiet zu prüfen, inwieweit an anderen Stellen Gewerbetriebe wegziehen und Gewerbeflächen frei werden.

Frau Graner spricht sich für eine Sicherung der Grünfläche aus. Nach Ansicht der FDP-Fraktion sei die Gewerbeansiedlung im Landschaftsschutzgebiet abzulehnen oder im Falle einer Mehrheit für das Gewerbegebiet diese zumindest entsprechend der beschlossenen Rahmenplanung Bensberg zu beschränken.

Frau Neuheuser-Königs stimmt diesen Ausführungen zu.

Frau Münzer weist nochmals ausdrücklich darauf hin, dass die CDU-Fraktion der Planung nur unter der Voraussetzung zustimmt, dass die Grünflächen als Abschirmung vor der vorhandenen Bebauung unterhalb des Krankenhauses erhalten bleiben und die Erschließung der Gewerbeflächen über die Overather Straße erfolgt.

Bezug nehmend auf einen Vorwurf von Herrn Dr. Baeumle-Courth entgegnet Herr Schmickler, dass die Verwaltung keineswegs konzeptionslos auf die Wünsche eines Investors reagiere. Vielmehr sei die Ansiedlung der Gewerbeflächen Teil der Rahmenplanung und eines Gesamtkonzeptes zur Erhaltung von Arbeitsplätzen in Bergisch Gladbach. Er appelliert dringend dafür, der Planung zuzustimmen.

Auf Anfrage von Herrn Dr. Baeumle-Courth erklärt Frau Sprenger, dass die Genehmigung von Wohnhäusern auf einer im FNP für Gewerbe vorgesehenen Fläche unterhalb des Krankenhauses aufgrund der tatsächlichen Gegebenheiten erfolgte. Grund für die geänderte Stellung sei, dass ein Gewerbetreibender seinen Betrieb auf einer im FNP festgelegten

werbefläche aufgab und die bisherige gewerbliche Nutzung durch Wohnbebauung erse wurde.

Herr Schwamborn kritisiert, dass ihm seitens der Verwaltung Anfang des Jahres auf Ar ge offensichtlich fälschlich mitgeteilt wurde, dass kein Antrag zur Errichtung von Gew an der Vinzenz-Pallotti-Straße vorläge und dass dort für Gewerbe kein Baurecht besteh Seine Anfrage zielte damals auf die Errichtung eines Obi-Marktes.

Sodann fasst der Ausschuss folgende

Beschlüsse: (mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP Fraktion, der BfBB und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) <-@

@->

- I. Gemäß §2 in Verbindung mit §5 des Baugesetzbuchs ist die Änderung Nr. 162 / 5342 –Vinzenz-Pallotti-Straße des Flächennutzungsplans aufzustellen.

Sie umfasst im Wesentlichen das Gebiet entlang der Overather Straße zwischen dem Verkehrsknoten Autobahnabfahrt Moitzfeld und der Vinzenz-Pallotti-Straße.

- II. Für die Änderung Nr. 162 / 5342 –Vinzenz-Pallotti-Straße- des Flächennutzungsplans ist die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß §3 Abs.1 des Baugesetzbuches durch Aushang durchzuführen.

<-@

16

Bebauungsplan Nr. 6224 - Alt Refrath -
- Ergebnis der frühzeitigen Bürgerbeteiligung
- Aufhebung des Beschlusses vom Planungsausschuss am 18.04.2002 zur Aufstellung des Bebauungsplanes
- Beschluss zur Aufstellung
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung

@->

Der Ausschuss fasst folgende Beschlüsse: (einstimmig)

<-@

@->

- I. Der Planungsausschuss beauftragt die Verwaltung, das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 6224 - Alt Refrath - 1. Änderung auf der Grundlage des Vorentwurfes und unter Berücksichtigung des Beratungsergebnisses fortzusetzen.
- II. Der Beschluss des Planungsausschusses vom 18.04.2002 zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 6224 - Alt Refrath - 1. Änderung wird aufgehoben.
- III. Gemäß § 2 in Verbindung mit den §§ 8 ff. Baugesetzbuch ist der Bebauungsplan Nr. 6224 - Alt Refrath - 1. Änderung als verbindlicher Bauleitplan im Sinne von § 30 Abs. 1 Baugesetzbuch (qualifizierter Bebauungsplan) aufzustellen.

Der Bebauungsplan liegt in Bergisch Gladbach Refrath. Er wird im Süden von der Wohnbebauung der Straße 'Simonswiese' begrenzt und umfasst den Bereich in nord-östlicher Verlängerung der Str. Simonswiese.

Der Bebauungsplan setzt die genauen Grenzen seines räumlichen Geltungsgebietes fest (§ 9 Abs. 7 Baugesetzbuch).

- IV. Der Bebauungsplan Nr. 6224 - Alt Refrath - 1. Änderung ist unter Beifügung der Begründung gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

<-@

17 Antrag von Frau Maria Bosbach vom 27.09.2005 zur Änderung des Flächennutzungsplanes im rückwärtigen Bereich der Straße Ritzenberg

@-> Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei einer Enthaltung der FDP Fraktion)

<-@

@-> Der Planungsausschuss lehnt die von Frau Maria Bosbach mit Schreiben vom 27.09.2005 beantragte Änderung des Flächennutzungsplans im rückwärtigen Bereich der Straße Ritzenberg ab.

<-@

18 Antrag der SPD Fraktion vom 30.08.2005 zur Fußgängerzone Bergisch Gladbach - Stadtmitte

@-> Frau Hammelrath teilt mit, dass der Antrag mit Absicht im Planungsausschuss gestellt wurde. Nach Ansicht der SPD Fraktion sei bei allen nun neu anstehenden Bebauungsplänen im Bereich der Fußgängerzone auch die zukünftige Gestaltung des Straßenbelages mit zu diskutieren. Mit den Ausbesserungsarbeiten müsse unverzüglich begonnen werden, wo man im Rahmen der anstehenden Bebauungsplandiskussionen auch überlegen müsse, inwieweit in den seitlichen Bereichen der Fußgängerzone ein anderer Belag in Betracht kommen könnte.

Frau Hammelrath verweist auf die Möglichkeit, sich Umbaumaßnahmen – zumindest teilweise – sponsern zu lassen und regt an, die Verwaltung möge dies prüfen.

<-@

@->

<-@

19 Antrag der SPD Fraktion vom 30.08.2005 zur Rahmenplanung Bensberg

@-> Herr Klatt erläutert die Intention des Antrages. Die Rahmenplanung sollte aufbauend auf der Studentendarbeit der TU Hamburg beispielhaft Untersuchungen über eine eventuelle verkehrliche Sperrung der Kadettenstraße, Möglichkeiten zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt und die Gestaltung des rückwärtigen Bereiches der Steinstraße beinhalten.

Frau Müller-Veit weist darauf hin, dass eine Rahmenplanung mit dem Schwerpunkt auf der gewerblichen Situation der Innenstadt vorliege. Aufgrund der fehlenden personellen Kapazitäten sei es derzeit nur möglich, diese Untersuchungen sukzessive punktuell zu ergänzen.

Herr Klatt und Frau Hammelrath machen deutlich, dass lediglich eine, die Studentendar-

ergänzende, Ideensammlung gewünscht sei, um auf ein neues Gesamtkonzept als Zwischstufe zwischen dem Flächennutzungsplan und den einzelnen Bebauungsplänen zurückgreifen zu können.

Auf Vorschlag von Frau Müller-Weit einigt sich der Ausschuss dahingehend, dass die Verwaltung nochmals alle bereits vorliegenden Ideen und Planvarianten abstimmt, zusammenfasst und anschließend im Planungsausschuss vorstellt.

<-@

20 **Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 07.11.2005 zur Erstellung eines Rahmenplans zur Lenkung der strukturellen Entwicklung relevanter Bereiche entlang der Mülheimer Straße**

@-> Herr Jung erläutert den Grund für die beantragte Rahmenplanung, die sicherstellen soll, dass zu befürchtende städtebauliche Fehlentwicklungen in diesem Bereich vermieden werden. Einzubeziehen sei dabei nicht nur der engere Bereich um die Mülheimer Straße, sondern allein die Siedlungsstruktur, sondern weitflächig der Gesamtbereich des historischen Orts Gronau mit allen stadtbildprägenden Facetten. Dazu gehört gebietsmäßig seiner Ansicht nach beispielhaft auch die Freifläche des ehemaligen Sportplatzes Kradepohl, der Bereich Dünnhofsweg/Gierather Straße, der Bahndamm, das Gebiet Gronauer Wald und der Bereich Schlodderdicher Weg und aus sachlicher Sicht u.a. die Prüfung inwieweit weitläufige Gebäude möglicherweise noch unter Denkmalschutz zu stellen sind.

Er bittet alle Fraktionen, sich Gedanken zu machen und der Verwaltung Denkanstöße hinsichtlich einzubeziehender Prüfungspunkte und Missstände zu übermitteln. Sinnvoll sei auch ein fraktionsübergreifender Arbeitskreis.

Herr Jung macht deutlich, dass die Fraktionen von der Verwaltung kein abstimmungsreifes Konzept erwarten, sondern eine diskussionswürdige Ist-Analyse mit kreativen Vorschlägen. Aufgrund des enormen Arbeitsanfalls regt Herr Jung an, die Analyse in mehrere Teilbereiche aufzugliedern und sukzessive abzuarbeiten.

Auch Herr Neu und Frau Graner befürworten den Antrag und machen deutlich, dass eine Berücksichtigung eines übergeordneten Bezuges Fehlentwicklungen entgegengewirkt werden müsse.

Frau Graner begrüßt die Forderung von Herrn Jung auf aktive Beteiligung aller Fraktionen. Ihrer Meinung nach sei es eine politische Aufgabe, aus der verwaltungsseitig zu erstellenden Analyse die entsprechenden Schlüsse zu ziehen.

Herr Dr. Baumle-Courth stimmt diesen Ausführungen zu und regt an, auch die Bürgerschaft bei der Erstellung dieses Ortsteilkonzeptes einzubeziehen.

Frau Hammelrath ergänzt die bisher vorgebrachten, in die Analyse einzubeziehenden Punkte. Demnach müsse in der beantragten Rahmenplanung auch die Analyse der Gewerbeflächen, der Bereich der ehemaligen Hermann-Löns-Kaserne, der mögliche Autobahnzubringer, der Wegfall der Tannenbergsstraße, die aktuelle Gewerbeansiedlung und Verkehrsbelastung in Gronau Berücksichtigung finden.

Sie bittet die Verwaltung, die unter TOP 7 beschlossene Eintragung des Gebäudes „Mahlhof“ zurückzustellen, bis das Gesamtkonzept Gronau vorliegt.

Herr Schmickler teilt mit, dass auch die Verwaltung einen solchen Rahmenplan für sinnvoll hält. Seiner Ansicht nach dürfe dabei auch nicht versäumt werden, auch die soziale Struktur von Gronau zu untersuchen.

Frau Müller-Veit bittet die Fraktionen bzw. den zu bildenden interfraktionellen Arbeitsrat um weitere Hinweise, welche Informationen der Rahmenplan im einzelnen liefern soll und welche Punkte (über die genannten Ansätze hinaus) einbezogen werden sollten.

Herr Schmickler nimmt den Hinweis von Herrn Schwamborn entgegen und teilt mit, daß die Gestaltung des Strundeverlaufes mit begleitenden Fußwegen im Förderkonzept „Rechnung 2010“ enthalten sei und dementsprechend nicht in Vergessenheit gerät.

Zusammenfassend hält Herr Albrecht fest, dass alle Fraktionen aufgefordert sind, die Verwaltung auf sämtliche noch nicht genannten Missstände und zu prüfenden Kriterien hinzuweisen. Die Verwaltung möge die heute unterbreiteten Anregungen der Ausschussmitglieder entgegennehmen und mit der Erarbeitung einer Ist-Analyse des Stadtteils Gronau beginnen.

<-@

21 Anfragen der Ausschussmitglieder

@-> Herr Schwamborn fragt nach dem Sachstand zum Neubau des Kinos Bensberg und bittet um Mitteilung, inwieweit eine Überbauung der Steinstraße durch den Investor zur Kinoerweiterung auch ohne ein entsprechendes Parkhaus möglich ist.

Frau Müller-Veit teilt mit, dass der Verwaltung bisher kein Bauantrag vorliegt und somit keine Baugenehmigung erteilt werden konnte. Planungsrechtlich sei eine Überbauung der Steinstraße zur Zeit nicht möglich.

Frau Schneider nimmt Bezug auf TOP 6 der heutigen Tagesordnung (Projektentwicklung Innenstadt) und bittet um weitere Ausführungen zu der Gestaltung des geplanten neuen Verbindungsfußweges zwischen der „Grünen Ladenstraße“ und der zukünftigen Fußgängerzone „Johann-Wilhelm-Lindlar-Straße“.

Frau Müller-Veit macht deutlich, dass dieser Fußweg nicht vergleichbar sei mit dem geplanten überdachten Arkadengang im Gladium-Gebäude. Vielmehr handele es sich um einen ca. 2,50 m breiten offenen Bürgersteig, der keinen Anlass zu Sicherheitsbedenken biete. Frau Müller-Veit bittet darum, konkrete Fragen zu Planinhalten zurückzustellen, die entsprechende Behandlung des Bebauungsplanes im Ausschuss ansteht.

Frau Schneider macht alle Anwesenden und Besucher auf die heute im Ratssaal eröffnete Ausstellung von Malereien von Behinderten aufmerksam und weist darauf hin, dass die Werke käuflich erworben werden können.

Herr Dr. Baeumle-Courth bittet um schriftliche Mitteilung des Prüfergebnisses zur Rechtmäßigkeit der gewerblichen Nutzungen im Bereich der Klarstellungs- und Ergänzungszug Oberasselborn. Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Des Weiteren bittet er um Sachstandsmitteilung zur geplanten Einzelhandelsansiedlung und den damit verbundenen verkehrlichen Maßnahmen im Bereich Lustheide / Flehbachmühlenweg in Refrath.

Frau Müller-Veit teilt mit, dass in einem durch den Antragsteller in Auftrag gegebenen Gutachten empfohlen wurde, die Verkehrsströme im Bereich der Ausfahrt Flehbachmühlenweg und dem Kreuzungsbereich zu entzerren. Aus diesem Grunde sei nun eine Verschiebung des Flehbachmühlenweges geplant (Verfahren gemäß § 125 BauGB).

Herr Sprenger nimmt Bezug auf die Bautätigkeiten im Bereich hinter der alten Post in Bensberg. Da das dortige Bauschild bereits seit zwei Wochen zugehängt sei, bittet Herr Sprenger um Mitteilung der Gründe und des Sachstands.

Frau Sprenger macht deutlich, dass das Baugenehmigungsverfahren noch nicht abgeschlossen sei; der Verwaltung liegen aber keine Hinweise vor, dass der Bauherr seine Pläne nicht verwirklichen wolle.

Frau Münzer verweist auf die geplante Neubebauung im Bereich der Ferdinand-Schmitz-Straße und bittet um Informationen, in welcher Form die notwendigen Parkmöglichkeiten für die Anwohner vorgesehen sind.

Frau Sprenger teilt mit, dass alle dort notwendigen Stellplätze in Tiefgaragen nachgewiesen werden.

Herr Dr. Baumle-Courth stellt fest, dass im Zuge der Errichtung der Lärmschutzwand der Friedrich-Ebert-Straße die Franz-Coenen-Straße weitgehend abgebunden wurde. Er bittet um Mitteilung, ob die bisher praktizierte Freihaltung dieser Zuwegung für die Feuerwehr nicht mehr notwendig sei.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Herr Albrecht schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:14 Uhr.

<-@